



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Bevölkerungsorientierte
Familienpolitik –
ein Wachstumsfaktor.

Bevölkerungsorientierte Familienpolitik – ein Wachstumsfaktor

Deutschland steckt in der Wachstumsfalle. Eine Ursache dafür ist, dass es hierzulande zu wenig Kinder gibt. Politikern, Ökonomen und Vertretern der Wirtschaft ist bewusst, dass dies gravierende Folgen für die Gesellschaft hat. Mit einer geringer werdenden Zahl von Menschen lässt sich der Wohlstand der Gesellschaft nur schwer erhalten und mehren. Über die Gründe für die Kinderlosigkeit streiten die Experten – auch darüber, wie sich Abhilfe schaffen lässt.

I.

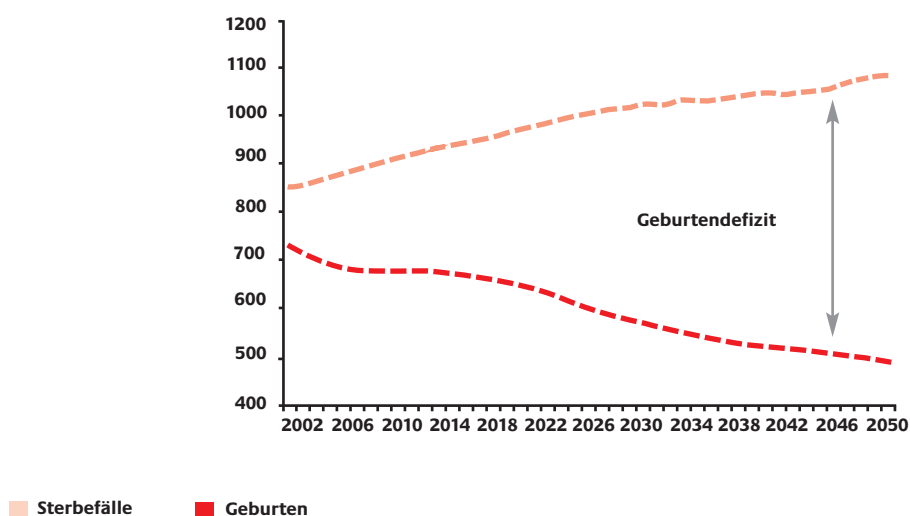
Die demographischen Fakten

Die Alterung der Gesellschaft ist auf lange Sicht nicht mehr umkehrbar. Was Deutschland in den kommenden Jahrzehnten auch unternommen wird – die meisten Fakten stehen unwiderruflich und seit langem fest:

Die Geburtenrate sinkt

I Zu wenige Kinder. Um die Bevölkerungszahl stabil zu halten, müssten je 100 Frauen etwa 210 Kinder geboren werden. Tatsächlich aber liegt die deutsche Geburtenrate schon seit Jahrzehnten nur bei rund 140 Kindern. Wenn nicht bald eine Trendwende eingeleitet wird, droht bis zum Jahr 2050 ein drastisches Geburtendefizit (Abbildung 1).

ABBILDUNG 1: GEBURTEN UND STERBEFÄLLE IN DEUTSCHLAND 2002–2050, IN TAUSEND



Quelle: Statistisches Bundesamt, 10. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 7

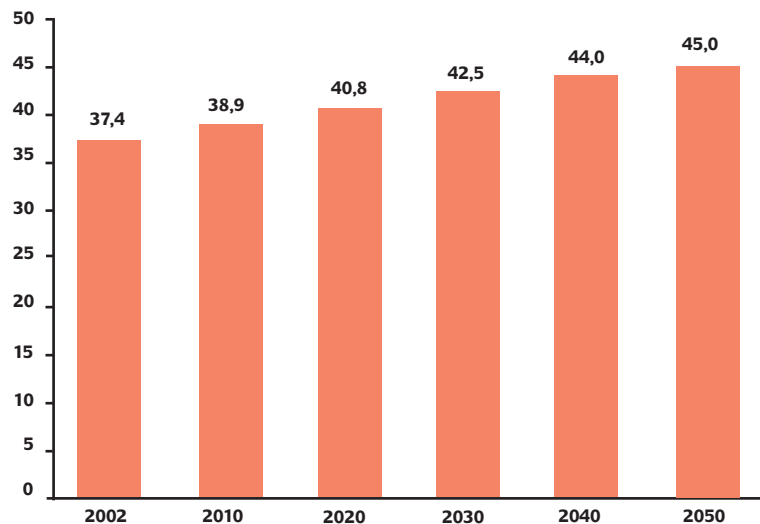
Die Lebenserwartung steigt

I Immer mehr Ältere. Frauen werden heute durchschnittlich 80 Jahre alt, Männer 74 Jahre. Bis zum Jahr 2050 steigt die durchschnittliche Lebenserwartung beider Geschlechter um jeweils rund acht Jahre. Das Durchschnittsalter erhöht sich von derzeit 37 auf 45 Jahre (Abbildung 2), jeder dritte Einwohner wird dann sogar über 60 Jahre alt sein.

Zuwanderung als Lösung?

I Zuwanderung allein hilft nicht. Obwohl seit Anfang der siebziger Jahre in Deutschland jedes Jahr mehr Menschen sterben als Babys geboren werden, ist die Einwohnerzahl aufgrund der Zuwanderung immer noch gestiegen. Als Jungbrunnen für die alternde deutsche Gesellschaft taugt die Zuwanderung jedoch keinesfalls: Allein um den kommenden Bevölkerungsrückgang auszugleichen, müssten jedes Jahr netto rund 350.000 Menschen nach Deutschland einwandern. Soll zusätzlich die Alterung der Gesellschaft kompensiert werden, wären sogar 3,6 Millionen Einwanderer per annum nötig – das klingt recht utopisch.

ABBILDUNG 2: DURCHSCHNITTSALTER DER BEVÖLKERUNG IN DEUTSCHLAND
2002–2050, IN JAHREN



Quelle: Statistisches Bundesamt, 10. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 7;
IW-Berechnung

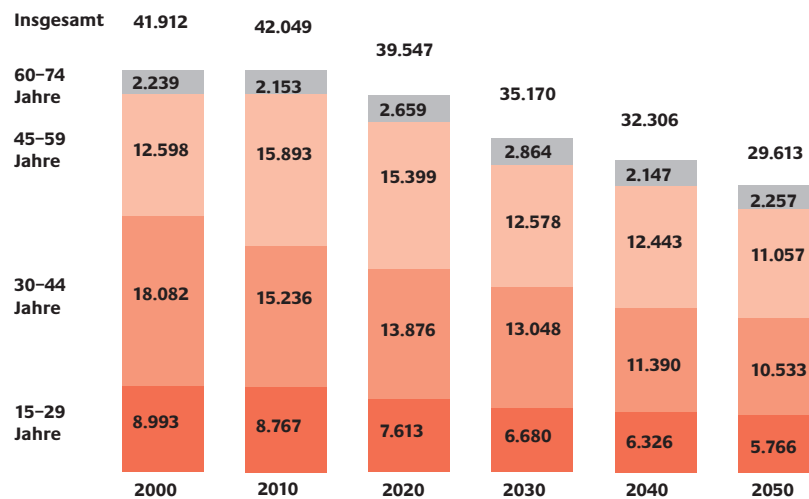
Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt: Rückgang der Erwerbspersonenzahl ...

I Rückläufiges Arbeitsangebot. Geht man von einer realistischen Zuwanderung von jährlich rund 100.000 Menschen aus, so schrumpft die Bevölkerung in Deutschland durch den Geburtenrückgang bedingt dennoch – von derzeit 82 Millionen auf rund 70 Millionen im Jahr 2050. Einige ostdeutsche Bundesländer werden sogar bis zu 25 Prozent ihrer Bevölkerung verlieren.

... und Verschiebung der Altersstruktur

I Ungünstigere Altersstruktur. Der Anteil der Bevölkerung, der dem Arbeitsmarkt potenziell zur Verfügung steht, nimmt besonders stark ab. Bis zum Jahr 2050 geht das Angebot an Arbeitskräften in jedem einzelnen Jahr durchschnittlich fast doppelt so schnell zurück wie die Zahl der Einwohner. Insgesamt sinkt die Zahl der potenziellen Erwerbspersonen von heute rund 42 Millionen auf unter 30 Millionen. Besonders spürbar ist der Rückgang bei jungen Menschen (Abbildung 3).

ABBILDUNG 3: ERWERBSPERSONENPOTENZIAL NACH ALTERSGRUPPEN
2000–2050, IN TAUSEND



Das Erwerbspersonenpotenzial umfasst alle Bürger im Alter von 15 bis 74 Jahren, die arbeiten, arbeitslos sind oder arbeiten könnten; ab 2010 Prognose.

Quelle: Fuchs/Thon 1999; Statistisches Bundesamt; IW-Berechnungen

Nachhaltige Bevölkerungspolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung

Vor dem Hintergrund der demographischen Trends untersucht der Wirtschaftssachverständige Bert Rürup ökonomische Konsequenzen der Bevölkerungsentwicklung und begründet die Notwendigkeit einer auf die Balance von Familie und Beruf orientierten nachhaltigen Familienpolitik. Einen überzeugenden Lösungsansatz sieht das Gutachten in einer Kombination von unterstützender Infrastruktur, veränderter Elternzeit und familienfreundlicher Unternehmenskultur. (Die Broschüre ist kostenlos zu beziehen unter: broschuerenstelle@bmfsfj.bund.de, Tel.: 0180/5 32 93 29, Internet: www.bmfsfj.de)

II.

Demographie und Wachstum

Folgen des demographischen Rückgangs: Wachstumsraten sinken, ...

Die demographische Entwicklung wirft vor allem Fragen nach den ökonomischen Konsequenzen auf. Es gibt aber nur wenig befriedigende Antworten. Die Abnahme der Erwerbspersonenzahl in den kritischen Jahren zwischen 2010 und 2035 wird mit großer Wahrscheinlichkeit dazu führen, dass die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten niedriger ausfallen oder zeitweilig sogar negativ werden. Die Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens hängt dann im Wesentlichen vom technischen Fortschritt und der Arbeitsproduktivität ab. Sollten sich älter werdende Gesellschaften und Belegschaften tatsächlich, wie von manchen befürchtet, als weniger bildungshungrig und innovativ erweisen als jüngere, wären nachteilige Folgen für die Arbeitsproduktivität sehr wahrscheinlich nicht auszuschließen. In jedem Fall aber werden die öffentlichen Haushalte unter verstärktem Anpassungsdruck geraten, wenn die Bevölkerungsproportionen sich verschieben. Die schon jetzt beunruhigend hohe Staatsverschuldung nähme dann noch weiter zu.

Ökonomik des demographischen Wandels



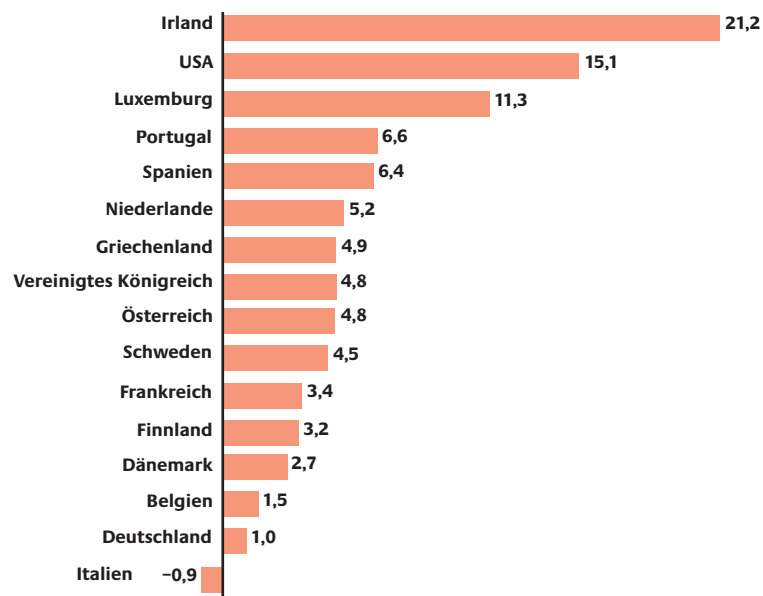
Mehr und mehr wird deutlich, welche Folgen der demographische Wandel für unsere Gesellschaft hat. Doch die Beschränkung der Debatte auf die renten- und sozialpolitischen Aspekte einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung greift zu kurz. Vor allem die sich abzeichnenden Folgen für Wachstum und Wirtschaftsstruktur bedürfen größerer Beachtung. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat im Rahmen seiner Arbeit für das

Roman Herzog Institut diesen makroökonomischen Strukturwandel in einer umfangreichen Studie untersucht. (Die Publikation „Perspektive 2050 – Ökonomik des demographischen Wandels“ kann bestellt werden beim Deutschen Instituts-Verlag, Fax: 0221/49 81-445 oder via Internet: www.divkoeln.de)

... der Belastungsquotient steigt, ...

Wie sich die Bevölkerungsgröße auf das Wirtschaftswachstum auswirkt, hängt nicht nur von der absoluten Zahl der Erwerbsfähigen ab, sondern vor allem vom Anteil derer, die für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen zur Verfügung stehen. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15–64 Jahre) ist im vergangenen Jahrzehnt fast in keinem anderen Land sonst so langsam gewachsen wie in Deutschland (Abbildung 4, Seite 7) – eine beunruhigende Entwicklung.

ABBILDUNG 4: WACHSTUMSRATEN DER ERWERBSBEVÖLKERUNG 1991–2002, IN PROZENT



Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren; Österreich: 1991–2001.
Quelle: OECD; Statistisches Bundesamt; U.S. Bureau of the Census; IW-Berechnungen

... und das Sozialprodukt muss von weniger Menschen erstellt werden

Hierzulande schwankt die Wachstumsrate um den Nullwert und ist seit 2001 negativ. Gemessen beispielsweise an Ländern mit nahezu bestandserhaltenden Geburtenraten wie etwa den USA und Irland ist der Unterschied bei den jährlichen Wachstumsraten der letztlich wachstumsentscheidenden Erwerbsbevölkerung augenfällig. Diesem Teil der Bevölkerung steht der Anteil der Nichterwerbsfähigen gegenüber, die „mitversorgt“ werden müssen. Dieser Belastungsquotient ist in Deutschland gestiegen, in den USA aber gesunken. Infolge des Arbeitskräfterrückgangs werden weniger Menschen für die Produktion der Güter und Dienstleistungen sorgen und das Sozialprodukt erwirtschaften.

III.

Bevölkerungsorientierte Familienpolitik – was ist das und was könnte sie bewirken?

Familienpolitik ist Wachstumspolitik

In mittel- und langfristiger Sicht hängt die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes von der Quantität und der Qualität des Arbeitseinsatzes ab. Damit spielen der Arbeitsmarkt und die Qualifikation der Beschäftigten eine zentrale Rolle für die Einkommen in einer Volkswirtschaft (Abbildung 5, Seite 9). Der absehbare Rückgang des Arbeitskräfteangebotes dämpft das Wirtschaftswachstum.

Derzeitige Familienpolitik ist stark finanziell orientiert

Eine alternde und schrumpfende Gesellschaft muss sich dem Problem der niedrigen Geburtenraten stellen, um ihre Wirtschaftskraft zu erhalten. Familienpolitik wurde in Deutschland aber bisher überwiegend als finanzielle Unterstützung von Familien verstanden – die Entwicklung der Bevölkerung spielte weniger eine Rolle. Die Gesetze zur Familienförderung wurden von verschiedenen Ressorts erlassen. Ein konsistenter Politikansatz fehlt bislang ebenso wie eine umfassende Auswertung der einzelnen Maßnahmen. Dabei fließt durchaus viel Geld in die Familienpolitik – je nach Abgrenzung zwischen 150 und 165 Mrd. Euro jährlich (Tabelle 1, Seite 11). Ein „reproduktiver Erfolg“ gemessen an den Geburtenraten stellt sich jedoch nicht ein: Die Geburtenraten liegen immer noch bleiern am Ende internationaler Ranglisten.

Familienpolitik in der Marktwirtschaft

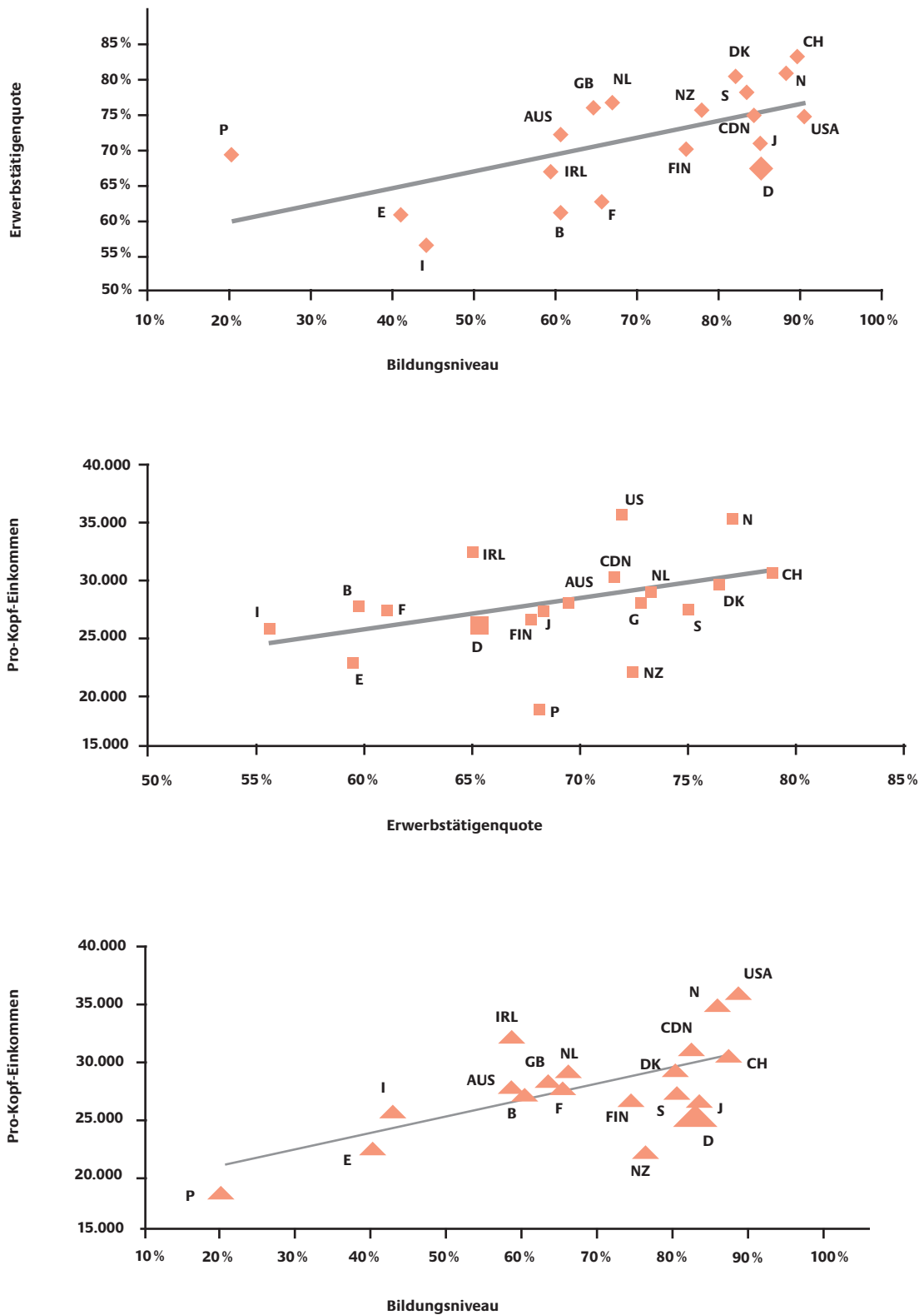


Auf die Veränderungen der Lebensform „Familie“ mit einem Rückgang der Geburtenrate und einer stärkeren Erwerbsbeteiligung der Frauen muss auch die Familienpolitik reagieren. So ließen sich Kinder und Beruf besser unter einen Hut bringen, wenn der Staat sich weniger stark am Alleinverdiener-Modell orientieren würde. Sinnvoll wäre unter anderem die Einführung des Familiensplittings, bei dem

– anders als beim Ehegattensplitting – bei der Ermittlung der Steuerschuld zusätzlich die Zahl der Kinder berücksichtigt wird. Gute Erfahrungen aus Schweden sprechen überdies für eine kürzere Elternzeit und die Koppelung des Erziehungsgeldes an den Nettolohn. Mit solchen Maßnahmen einhergehen muss aber in jedem Fall der Ausbau der Kinder- und Ganztagsbetreuung. (Nicola Hülskamp, Susanne Seyda: Staatliche Familienpolitik in der sozialen Marktwirtschaft, Positionen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Nr. 11; zu beziehen beim Deutschen Institut-Verlag, Fax 0221/ 49 81-445 oder via Internet: www.divkoeln.de)

Inzwischen setzt sich das Bewusstsein immer mehr durch, dass eine „bevölkerungsorientierte Familienpolitik“ die Geburtenraten mittelfristig wieder steigern könnte. Ziel dieser Überlegungen ist es, Familien nicht mehr ausschließlich materiell zu fördern, sondern die Bedingungen für das Kinderkriegen allgemein zu verbessern. Das Einkommen allein ist für zahlreiche Paare offenbar kein ausschlaggebendes Kriterium für die Familiengründung. Die besser verdienenden Paare mit den bestausgebildeten Frauen haben die wenigsten Kinder. Deshalb sollte „der Staat“ Kinder auch nicht „bezahlen“, da staatliche Transfers vielfach Mitnahmeeffekte produzieren. Nach Berechnungen des Instituts für Weltwirtschaft Kiel (IfW) wird heute bereits etwa ein Drittel der Kinderkosten nicht von den Eltern selbst aufgebracht.

ABBILDUNG 5: ARBEIT, BILDUNG UND EINKOMMEN



Bildungsniveau: Anteil der Bevölkerung von 25 bis 64 Jahren mit mindestens einem Abschluss im Sekundarbereich II in Prozent; Erwerbstätigenquote: Erwerbstätige zwischen 15 und 64 Jahren in Prozent der gleichaltrigen Bevölkerung; Pro-Kopf-Einkommen: in US-Dollar, kaufkraftbereinigt
 Quelle: OECD; Stand: 2001/2002

Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Familienmodellen

Eine bevölkerungsorientierte Familienpolitik sollte Paaren die Wahl zwischen verschiedenen Familienmodellen (zu Hause bleiben oder Arbeiten gehen) ermöglichen. Nur wenn den Menschen die Perspektive eröffnet wird, ihre beruflichen Pläne relativ problemlos auch mit Familie realisieren zu können, werden Frauen zur Familiengründung ermutigt, die derzeit keine Kinder haben. Eine bevölkerungsorientierte Familienpolitik muss dabei an drei Hebeln ansetzen:

- Arbeitsmarkt
- Bildung
- Geburtenraten

Leitbild der „Allianz für die Familie“

Die prominenten Mitglieder der so genannten Impulsgruppe der „Allianz für die Familie“ haben sich Anfang des Jahres auf ein Leitbild für ihre gemeinsamen Aktivitäten verständigt. Sie formulieren basierend auf ihrer Einschätzung der zu bewältigenden Herausforderungen eine gemeinsame Vision für die Zukunft und leiten daraus erfolgversprechende Wege und Aufgaben für Staat, Unternehmen und Gewerkschaften ab. Ausgangspunkt dafür ist die Erkenntnis, dass es an der Zeit sei, „die gemeinsamen Chancen, die gemeinsamen Interessen und die gemeinsame Verantwortung neu zu entdecken“.

(Die Broschüre ist kostenlos zu beziehen unter:
broschuerenstelle@bmfsfj.bund.de, Tel.: 01 80/5 32 93 29,
Internet: www.bmfsfj.de)

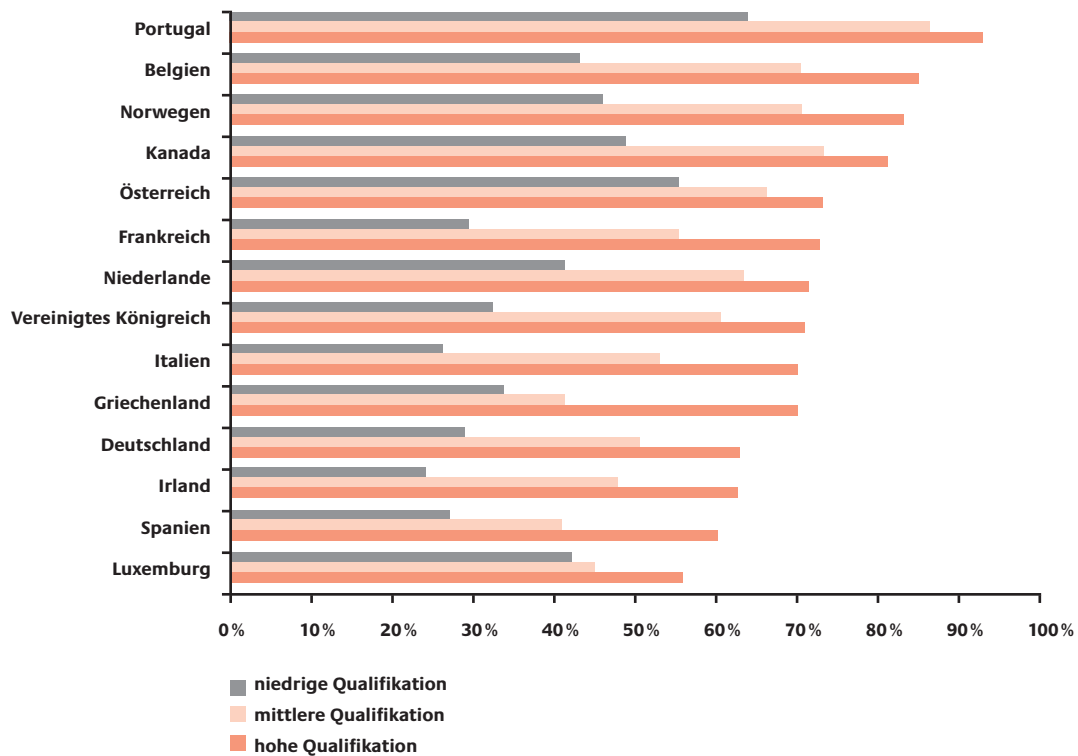
TABELLE 1: FAMILIENPOLITISCHE LEISTUNGEN IN MRD. EURO		
	Deutsche Bundesbank	Institut für Weltwirtschaft
Steuerliche Maßnahmen	37,3	60,7
darunter:		
Kindergeld	30,9	31,1
Ehegattensplitting	-	23,0
Kinderkomponente Eigenheimförderung	2,8	3,3
Sozialversicherungsleistungen	16,0	10,9
darunter:		
Gesetzliche Krankenversicherung	11,5	8,4
Rentenversicherung	-	1,8
Arbeitslosenversicherung	0,5	0,6
Pflegeversicherung	-	-
Geldleistungen der Gebietskörperschaften	26,9	30,9
darunter:		
Beiträge des Bundes an die Rentenversicherung für Kindererziehungsleistungen	11,5	11,8
Familienzuschläge im öffentlichen Dienst	4,0	7,3
Bundeserziehungsgeldgesetz	3,7	3,5
Familienkomponente in der Sozialhilfe	4,1	3,4
Sachleistungen der Gebietskörperschaften	71,0	63,2
darunter:		
Schulen	45,3	47,0
Einrichtungen der Jugendhilfe	8,0	7,4
Kindergärten und -krippen	7,4	7,2
Staatliche Leistungen insgesamt	151,2	165,7

Quelle: Deutsche Bundesbank; Institut für Weltwirtschaft; Stand: 2000

Familienpolitik und Arbeitsmarkt

Die Erwerbsbeteiligung der 25- bis 54-jährigen Frauen in Deutschland liegt etwa im OECD-Mittel, bleibt jedoch hinter skandinavischen und angelsächsischen Vergleichswerten zurück. Offenbar ist hierzulande der Trade-off zwischen Erwerbstätigkeit und Geburtenraten noch immer ausgeprägter als in anderen Ländern. Das ist sowohl aus arbeitsmarkt- als auch aus bevölkerungspolitischer Sicht unbefriedigend – vor allem auch deshalb, weil dieser Befund insbesondere für hoch qualifizierte Frauen gilt (Abbildung 6, Seite 12).

ABBILDUNG 6: ERWERBSTÄTIGENQUOTEN VON MÜTTERN MIT KINDERN UNTER 6 JAHREN IN EHEN UND EHEÄHNLICHEN LEBENSGEMEINSCHAFTEN NACH QUALIFIKATIONSTUFEN



Quelle: OECD; Stand: 1999

Bessere Balance von Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sollte im Mittelpunkt der Bemühungen um eine bevölkerungsorientierte Familienpolitik stehen. Nur wenn das Spannungsverhältnis zwischen beiden Lebensbereichen entschärft wird, lassen sich Geburtenrate und Frauenerwerbstätigkeit erhöhen. So scheint etwa die Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsplätzen einen positiven Einfluss sowohl auf die Geburtenraten als auch auf die Frauenerwerbstätigkeit zu haben (Abbildung 7, Seite 14). Junge Frauen aller Bildungsschichten, aber vor allem Akademikerinnen wollen eher keine Kinder haben, wenn sie darin ein Entfaltungs- oder Karrierehemmnis sehen. Dies hat auch damit zu tun, dass Frauen in Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten extrem lange für die Kinderbetreuung aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden; zugleich sind Teilzeitstellen in der Regel keine Option für die berufliche Karriere.

Bessere Vereinbarkeit bedeutet: Kinderbetreuung ausbauen, ...

Günstige Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf herzustellen, ist eine Aufgabe für Staat und Wirtschaft. Das heißt, dass das im internationalen Vergleich unzureichende Betreuungsangebot für Kleinkinder ausgebaut werden muss. Auch genügt das Halbtagschulsystem den Bedürfnissen berufstätiger Mütter nicht. Das von der Bundesregierung aufgelegte Investitionsprogramm zur Förderung von Ganztagschulen sowie der

vorgelegte Entwurf zum Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) sind in diesem Zusammenhang wichtige Schritte. Bei der Verbesserung des Angebots ist dabei aber nicht nur auf staatliche, sondern auch auf private Lösungen zu setzen, und deren Umsetzung nicht durch Bürokratie zu belasten.

... Steuersystem stärker an der Existenz von Kindern ausrichten, ...

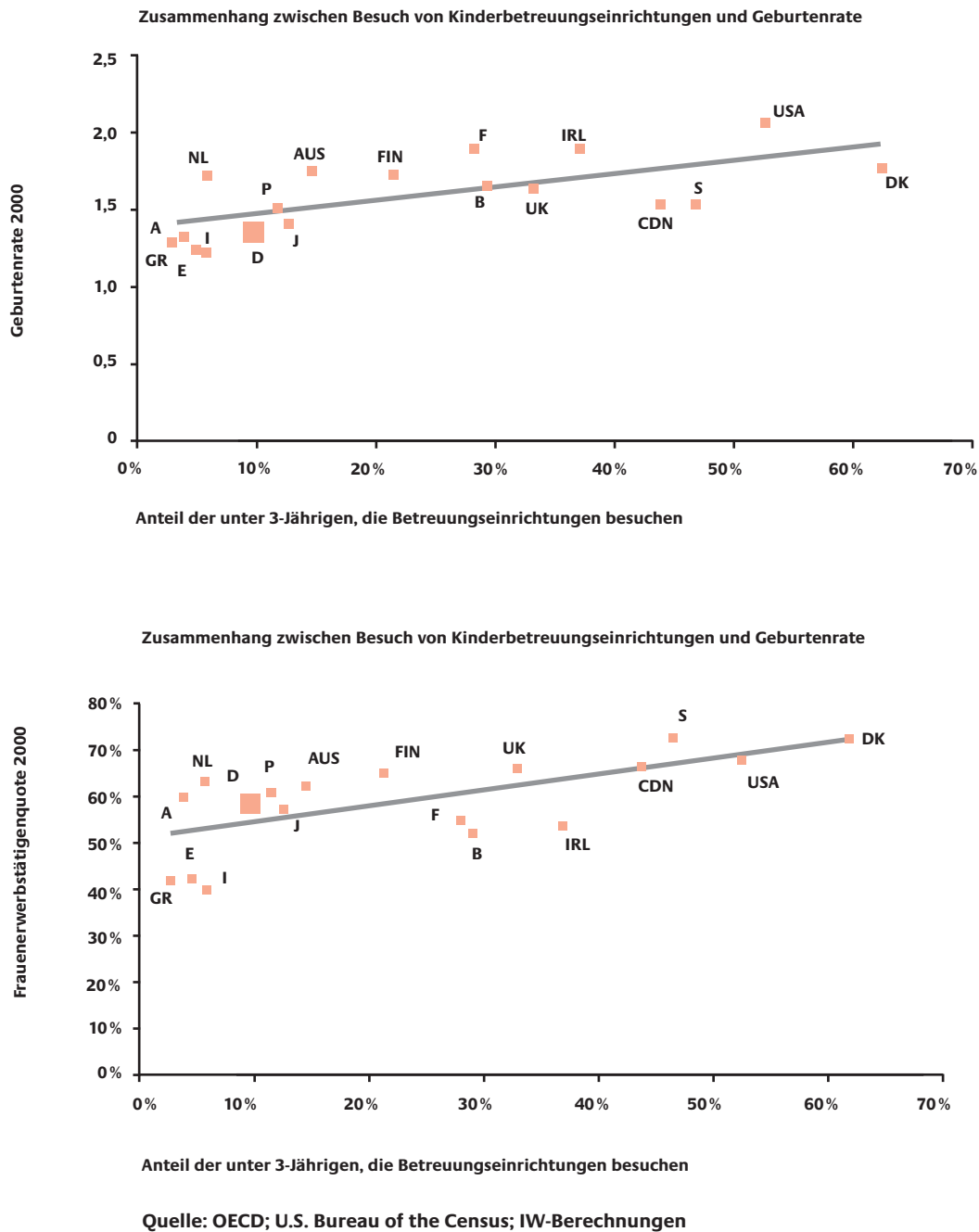
Das derzeitige Steuersystem entlastet Ehepaare durch das Ehegattensplitting; dabei haben vor allem solche Paare steuerliche Vorteile, bei denen ein Teil viel und der andere wenig oder nichts verdient. Dies verzerrt bei verheirateten Eltern aber die Arbeitsanreize für den nicht erwerbstätigen Partner und erschwert damit erwerbsorientierten Paaren die Familiengründung. Ein Ausbau der kindbezogenen Komponenten der Einkommensteuer würde solchen Paaren die Entscheidung für das Kind erleichtern und die positiven Effekte, die von Kindern ausgehen, honorieren.

Buch zur „Allianz für die Familie“

Innovation durch Balance von Familie und Arbeitswelt: Das Buch „Familie bringt Gewinn“ wirbt für den ökonomischen Charme der Familie. Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur legen dar, wie alle von einer besseren Balance von Familie und Arbeitswelt profitieren können. Ein umfangreicher Serviceteil bereitet die wichtigsten Daten, Adressen und Literaturhinweise zum Thema auf. Herausgeberinnen sind Renate Schmidt und Liz Mohn. (Verlag Bertelsmann Stiftung, Postfach 103, 33311 Gütersloh)



ABBILDUNG 7: KINDERBETREUUNG, GEBURTENRATE UND FRAUENERWERBSTÄTIGKEIT



... Weiterentwicklung des Bundeserziehungsgeldes zu einem Elterngeld ...

Auf der finanziellen Seite stellt sich der Wegfall eines zuvor erzielten Erwerbseinkommens als schwerwiegende Belastung für Eltern dar. Diese wird durch das bisherige Erziehungsgeld nicht ausgeglichen. Anders als bisher sollte eine solche Leistung daher in Abhängigkeit vom vorigen Nettoerwerbseinkommen gezahlt werden, als so genanntes Elterngeld. Für nicht oder gering erwerbstätige Elternteile sollte dabei eine Mindestleistung vorgesehen werden. Mit dem Instrument Elterngeld haben etwa Schweden und Norwegen gute Erfahrungen gemacht – es erleichtert auch gut verdienenden Frauen die Entscheidung für ein Baby. Ein interessanter Nebeneffekt in Skandinavien ist, dass sich auch wesentlich mehr Väter als in Deutschland an der Betreuung und Erziehung beteiligen.

Durch die Einführung eines einkommensabhängigen Elterngeldes für maximal 12 Monate werden die Anreize erhöht, früher in den Job zurückzukehren. Eine mehrjährige Abwesenheit vom Arbeitsplatz führt zu einer Lücke in der Erwerbsbiographie und begründet die Gefahr einer Dequalifikation der Beschäftigten. Folgen sind Nachteile im Karriereverlauf und beim zukünftigen Einkommen. Das Wissen um diese Opportunitätskosten und beruflichen Einbußen hat viele junge Frauen davon abgehalten, selbst Mutter zu werden. Aus wirtschaftlicher sowie bevölkerungsorientierter Sicht ist es daher wünschenswert, dass Mütter ein Jahr nach der Geburt eines Kindes in den Job zurückkehren, beispielsweise auch in Teilzeitarbeit.

Monitor Familienfreundlichkeit

Welche familienfreundlichen Maßnahmen bieten die Unternehmen ihren Beschäftigten? Wie weit verbreitet sind z. B. Arbeitszeitflexibilisierung und Telearbeit, Kinder- und Angehörigenbetreuung oder Familienservice und Beratungsangebote für Eltern? Welche Hemmnisse hindern die Unternehmen daran, familienfreundlicher zu werden? Wie schätzen Unternehmen insgesamt die Bedeutung solcher Maßnahmen ein?

Der Monitor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, der gemeinsam mit den vier Spitzenverbänden der Wirtschaft und dem Bundesfamilienministerium erstellt wurde, gibt erstmals repräsentativ Auskunft zum Stand der Familienfreundlichkeit in deutschen Unternehmen aller Größenklassen. (Die Broschüre ist im Internet zu beziehen unter:

www.iwkoeln.de/data/pdf/content/trends04-03-2.pdf)

... und familienfreundliche Personalpolitik ausbauen

Eine Neuausrichtung der Familienpolitik würde schließlich mehr Unternehmen motivieren, Familienfreundlichkeit offensiver als Handlungsfeld der betrieblichen Personalpolitik zu begreifen. Zwar sind familienfreundliche Arbeitszeitmodelle schon weit verbreitet, doch genießt dieses Thema noch nicht die ihm gebührende Aufmerksamkeit: Für sieben von zehn Unternehmen hat Familienfreundlichkeit noch eine niedrige Priorität. Das wird sich spätestens dann ändern, wenn infolge der abnehmenden Jahrgangsstärken der Bildungsabsolventen qualifizierte Kräfte knapp werden. Unternehmen, die eine vorausschauende Personalpolitik betreiben wollen, sollten deshalb frühzeitig in familienfreundliche Maßnahmen und deren Infrastruktur investieren. Teilzeitmodelle, Telearbeit, Unterstützung bei der Kinderbetreuung, Freistellungsmöglichkeiten in Notfällen oder Weiterbildungsangebote während der Elternzeit lassen sich je nach Branche, Betriebsgröße und Mitarbeiterwünschen umsetzen – zum beiderseitigen Nutzen. Denn entgegen gängigen Vorurteilen rechnen sich familienfreundliche Maßnahmen in Unternehmen auch betriebswirtschaftlich – und zwar mit einer Rendite von bis zu 25 Prozent.

Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen

Die Studie der Prognos AG belegt den betriebswirtschaftlichen Nutzen familienfreundlicher Maßnahmen in kleinen und mittleren Unternehmen mit einer Rendite von 25 Prozent. Ergebnis der Kosten-Nutzen-Analyse: Der betriebswirtschaftliche Nutzen übersteigt – auch kurzfristig betrachtet – die Investitionen deutlich. Die Einsparpotenziale aufgrund niedrigerer Überbrückungs-, Fluktuations- und Wiedereingliederungskosten bewegen sich für mittlere Unternehmen und selbst in einer derzeit angespannten Wirtschaftslage in einer Größenordnung von mehreren 100.000 Euro. (Die Broschüre ist kostenlos zu beziehen unter: broschuerenstelle@bmfsfj.bund.de, Tel.: 0180/5 32 93 29, Internet: www.bmfsfj.de)

Familienpolitik und Bildung

Qualifikation des Nachwuchses ist entscheidende Wachstumsgröße

In quantitativer wie auch in qualitativer Hinsicht führt der Bevölkerungsrückgang auch zu einem Rückgang des insgesamt verfügbaren Potenzials an Wissen und Fähigkeiten. Deshalb muss sehr frühzeitig in die Qualifikation des zahlenmäßig knapper werdenden Nachwuchses investiert werden.

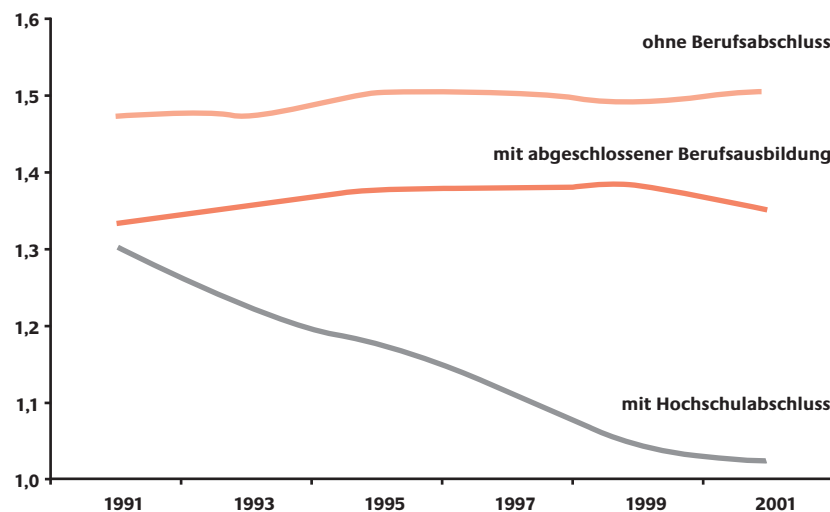
Starker Zusammenhang zwischen dem Bildungsstand der Kinder und dem der Eltern

Die PISA-Studie hat für Deutschland einen im Vergleich zu anderen Ländern ausgesprochen großen Abstand der Kompetenzen von Kindern mit Müttern mit geringer Bildung zu Kindern ausgemacht, deren Mütter sehr hoch qualifiziert sind. Dies ist umso bedenklicher, als sich ein hoher Bildungsstand der Mutter auf die Kompetenz der Kinder positiv auswirkt und damit die Studierfähigkeit junger Menschen befördert.

Hohe Kinderlosigkeit unter Akademikerinnen

Unter bildungspolitischen Gesichtspunkten bedenklich ist in Deutschland ein negativer Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau von Frauen und ihrer durchschnittlichen Kinderzahl (Abbildung 8). Gegenüber 1970 ist die Zahl der Kinder aus Akademikerfamilien stark zurückgegangen. Eine anhaltend hohe Kinderlosigkeit unter Akademikerinnen kann die bildungspolitischen Probleme weiter verschärfen und zu Engpässen beim Fach- und Führungskräfte-Nachwuchs führen.

ABBILDUNG 8: KINDERZAHL VON 35- BIS 40-JÄHRIGEN FRAUEN NACH BILDUNGSABSCHLUSS (WESTDEUTSCHLAND)



Quelle: Grünheid 2003; IW-Berechnungen

Familienpolitik wirkt als Bildungspolitik

Deshalb ist es einerseits notwendig, gut ausgebildeten Frauen die Entscheidung zu erleichtern, selbst Kinder zu bekommen. Andererseits würde eine besser ausgebaute Ganztagsbetreuung Kindern von bildungsfernen Eltern den frühzeitigen Zugang zu Wissen eröffnen. Zudem würde eine Familienpolitik, die Frauen mit akademischer Ausbildung die Entscheidung für die eigene Mutterschaft leichter macht, mit dazu beitragen, dass Kinder aus bildungsfernen Familien bessere Bildungschancen erhalten. Schließlich haben gute Schüler auf weniger gute Mitschüler einen durchaus positiven Einfluss.

Ein Haupthemmnis für die Familiengründung besteht im extrem verkürzten Zeitfenster zwischen dem Ende der Ausbildungsphase und der mit zunehmendem Alter eingeschränkten Fähigkeit der Frauen, Kinder zu bekommen. Kürzere Studienzeiten beispielsweise böten den Frauen ein größeres Zeitfenster, um Berufserfahrung zu sammeln, bevor sie sich eine Zeit lang der Betreuung der Kinder widmen. Beruflich am Ball bleiben könnten Mütter während einer solchen Auszeit etwa durch Weiterbildung oder durch flexible Arbeitsformen wie etwa Telearbeit.

Bildungssystem reformieren

Eine Möglichkeit, die Bildungschancen von Kindern aus bildungsfernen Familien zu steigern, liegt in der Einrichtung von Ganztagschulen sowie der Einführung von Bildungsstandards und autonom entscheidenden Schulen. Deutschland hat wenige Ganztagschulen. Ferner verfügen die Schulen kaum über Autonomie und werden bisher nicht systematisch evaluiert. Andernorts sind Autonomie und Bewertung selbstverständlich. Andere Staaten der OECD wie Schweden und das Vereinigte Königreich, die Ganztagschulen und Evaluierungstraditionen haben, liegen in den internationalen Bildungstests deshalb deutlich vor Deutschland, aber auch den USA.

Familienpolitik und Geburtenraten

Internationale Typologien von Familienpolitik

Eindeutige Effekte der Familienpolitik auf die Geburtenrate konnten bisher nicht empirisch nachgewiesen werden. Die Menschen bekommen Kinder nicht allein wegen des Kindergeldes oder weil Kinderbetreuung angeboten wird. Dennoch bestehen Plausibilitäten, wie ein Blick in andere Länder zeigt. Dort kristallisiert sich ein Zusammenhang zwischen der Familienpolitik eines Landes und den vorherrschenden Familienmodellen heraus:

Skandinavien

Die Bevölkerungen in den skandinavischen Ländern erwarten vom Staat umfangreiche familiäre Dienstleistungen. Dieser leistet hohe Transfers und bietet eine stark subventionierte Kinderbetreuung, auch ganztags und für Kleinkinder. Zusammen mit einer individualisierten Besteuerung und geringen Lohnunterschieden zwischen Männern und Frauen ermöglicht dies ein hohes Beschäftigungsniveau beider Geschlechter. Man spricht vom „universalen Ernährermodell“.

Mitteleuropa (ohne Frankreich und Belgien)

Neben dem traditionellen Alleinverdienermodell, bei dem die Mutter zu Hause bleibt und sich um die Familie kümmert, während der Vater für das Familieneinkommen sorgt, hat in Deutschland, Österreich, den Niederlanden, im Vereinigten Königreich, in Irland und Luxemburg die so genannte modernisierte Versorgerehe an Bedeutung gewonnen. So wird in Deutschland vom Staat erwartet, dass er die Familien finanziell unterstützt. Zugleich wird die Kinderbetreuung überwiegend im familiären Umfeld organisiert. Die Kinder besuchen zumeist Halbtagskindergärten oder Halbtagschulen. Da es nur wenig öffentliche Kinderbetreuungsangebote gibt, gehen die berufstätigen Mütter meist nur einer Teilzeitbeschäftigung nach.

Frankreich und Belgien

Eine gut ausgebaute Kinderbetreuung in diesen beiden Ländern fördert einerseits die Erwerbstätigkeit beider Partner. Andererseits bewirken hohe Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen am Arbeitsmarkt eine stärkere Differenzierung nach Geschlecht, so dass die Erwerbstätigkeit der Frau in diesem „modifizierten männlichen Ernährermodell“ niedriger ausfällt.

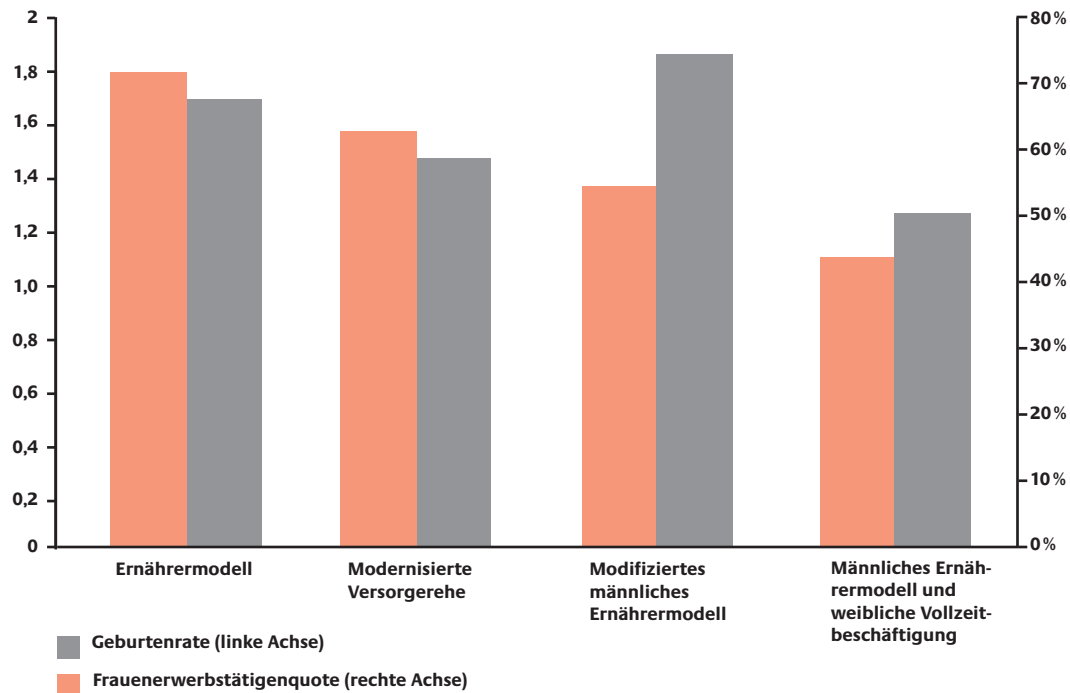
Südeuropa

In südeuropäischen Ländern ist die Familie überwiegend Privatsache, die Zuwendungen des Staates sind gering und die kleinen Kinder sind in der Regel in der Obhut der Eltern oder nahen Verwandten. In vielen Familien sorgt der Vater allein für das Familieneinkommen. Darüber hinaus arbeiten viele berufstätige Frauen Vollzeit, weil das Einkommensniveau niedrig ist und es kaum Teilzeitarbeitsplätze gibt („männliches Ernährermodell und weibliche Vollzeitbeschäftigung“).

Zusammenhang zwischen Geburtenverhalten und Frauenerwerbstätigkeit

Die unterschiedlichen Erwartungen an die Familienpolitik scheinen auch mit unterschiedlichen Geburten- und Erwerbstätigenraten der Frauen einherzugehen. Beim universalen Ernährermodell, bei der modernisierten Versorgerehe und beim männlichen Ernährermodell mit weiblicher Vollzeitbeschäftigung liegen Frauenerwerbstätigkeit und Fertilität gleichauf (Abbildung 9). Beim modifizierten männlichen Ernährermodell, wie es in Frankreich und Belgien vorzufinden ist, ist überraschend eine niedrige Frauenerwerbstätigkeit bei hoher Fertilität zu beobachten. Frankreich zählt allerdings mit einer Fruchtbarkeitsrate von 186 zu den Spitzenreitern in Europa.

ABBILDUNG 9: FAMILIENMODELLE, FRAUENERWERBSTÄTIGKEIT UND GEBURTENRATE



Quelle: OECD; U.S. Bureau of the Census; Statistisches Bundesamt; Eurostat; IW-Berechnungen; Stand: 2001

Bei der Entscheidung, selbst eine Familie zu gründen, spielen viele Einflüsse eine Rolle. Deshalb ist ein Vergleich verschiedener Politiken durchaus problematisch. Es lässt sich aber festhalten, dass das in einem Land vorherrschende Familienmodell die Geburtenrate beeinflusst. Die Art der Ausgestaltung der Elternzeit, die Kinderbetreuungsinfrastruktur und die Besteuerung (Haushalts- versus Individualbesteuerung) sind wichtige Ansatzpunkte, wie ein Staat das Verhalten der Familien beeinflusst. Es bedarf aber auch eines eigenständigen Beitrags von Unternehmen und Gesellschaft. Werden dann noch eine positive Grundstimmung und Zukunftssicherheit vermittelt, umso eher ergibt sich ein kinderfreundliches Umfeld. Der Baby-Boom der Nachkriegszeit einerseits und die nach der Wiedervereinigung stark schrumpfenden Geburtenraten in Ostdeutschland andererseits zeigen eindrucksvoll, dass auch Geburtenraten nicht unabhängig vom „Zeitgeist“ sind.

Fazit

Die Familienpolitik in Deutschland steht vor neuen Herausforderungen. Dabei muss sie sich zwar nicht neu erfinden, sie muss aber dringend neu ausgerichtet und stärker an bevölkerungspolitischen Erfordernissen orientiert werden. So müssen etwa Geldleistungen und infrastrukturelle Unterstützung sorgfältig tariert werden.

Eine bevölkerungsorientierte Familienpolitik ist eine nachhaltige Investition in die Zukunft Deutschlands. Durch eine enge Verzahnung mit der Bildungspolitik, der Arbeitsmarktpolitik und der betrieblichen Personalpolitik bindet sie wichtige Handlungsfelder zu

Work-Life-Balance

Work-Life-Balance ist für viele Unternehmen kein Fremdwort mehr. Acht Unternehmen haben sich in dem Projekt „Work-Life-Balance als Motor für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftliche Stabilität“ zusammengeschlossen, um die betriebswirtschaftlichen, volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Effekte einer Arbeitswelt zu analysieren, die sich an einer Balance von Arbeits- und Privatleben orientiert. Unter der Schirmherrschaft von BDI-Präsident Michael Rogowski wird die Projektgruppe unter Leitung der Prognos AG Antworten darauf erarbeiten, inwiefern Work-Life-Balance-Maßnahmen den sich abzeichnenden Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials und der Humankapitalausstattung bremsen und somit eine bessere Ausschöpfung der Wachstumspotenziale ermöglichen können. (Mehr Informationen im Internet unter: www.prognos.com/worklife)

einem neuen Leitbild zusammen, in dessen Mittelpunkt das „Humanvermögen“ dieses Landes in seiner quantitativen wie qualitativen Ausprägung steht. Bevölkerungsorientierte Familienpolitik wird in dieser Sicht zu einem entscheidenden Produktions- und Wachstumsfaktor.

Impressum:

Herausgeber:
Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
11018 Berlin

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW)
Gustav-Heinemann-Ufer 84-88
50968 Köln
Tel.: +49 221 4981 510
Fax: +49 221 4981 533
E-Mail: welcome@iwkoeln.de
Internet: www.iwkoeln.de

Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.
Breite Straße 29
10178 Berlin
Tel.: +49 30 2028-0
Fax: +49 30 2028-2450
Internet: www.bdi-online.de

Bezugsstelle:
Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
53107 Bonn
Tel.: 01 80/5 32 93 29
E-Mail: broschuerenstelle@bmfsfj.bund.de
Internet: www.bmfsfj.de

Stand:
November 2004

Gestaltung:
KIWI GmbH, Osnabrück

Druck:
Brandenburgische Universitätsdruckerei, Golm

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung; sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Für weitere Fragen nutzen Sie unser Servicetelefon: 0 18 01/90 70 50*
Fax: 0 18 88/5 55 44 00
Montag–Donnerstag 7–19 Uhr

* nur Anrufe aus dem Festnetz, 9–18 Uhr 4,6 Cent,
sonst 2,5 Cent pro angefangene Minute